

Volks-Zeitung

Ständes-Anstalt für den Jahrgang.

Nr. 10.

Halle, Freitag, den 7. Januar 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Bezugspreise:
Der Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anzahlung 22.50 M., durch die Post monatlich
23.50 M., vierteljährlich 67.50 M., halbjährlich
132.50 M., jährlich 265.00 M.
Einzelhefte 2.475 M.
Zustellungsstellen: Die
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
Einzelfall, Zeitungsverträge unter
Einzelnahme eingereicht. Für
Anzeigen eingegangene Anzeigen
werden nach dem Inhalt über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Einzelnahme, Einzel-Zustellung ge-
boten. Ferner der Schriftleitung Nr.
1146, der Anzeigen-Abt. Nr. 1139
u. 1153, der Bezugs-Abt. Nr. 1153.

Anzeigenpreise:
Die 5 gestrichelte 34 mm breite Millimeter-
zeile oder deren Raum 60 Pf.,
Samstagsanzeigen 40 Pf., Resten
die 25 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigengehälter, Erfüllungsort
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags mal.
Schriftleitung und Haupt-
Geschäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 11, Gr. Braubaustr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Wirtschafts 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Die Kohlenfrage.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

In Spa hat Deutschland die Verpflichtung, monatlich zwei Millionen Tonnen Steinkohlen zu liefern, deshalb auf sich genommen, weil der Verband mit Zwangsmaßnahmen drohte. Zu diesen Zwangsmaßnahmen gehörte zunächst die Befehlsbefugnis der Ruhrgebiete, die für absehbare Zeit nicht wieder rückgängig zu machen gewesen wäre. Deutschland erklärte sich deshalb bereit, wenigstens zu versuchen, monatlich zwei Millionen Tonnen Steinkohlen zu liefern. Das war ein außerordentlich großes Opfer, denn der Kohlenbergbau schöpft nicht mehr aus dem Vollen. Er ist durch den Raubbau während des Krieges heruntergewirtschaftet worden. Nur noch wenige Schächte liefern Qualität, also jene Sorte, auf die der Verband vorweg Anspruch erhebt. Das Abkommen, das in Spa geschlossen wurde, war auf sechs Monate befristet. Die Frist läuft am 31. Januar ab. Ein neues Abkommen muß also getroffen werden. Allein Deutschland dürfte billig erwarten, daß dabei auf alle Verhältnisse Rücksicht genommen werde, besonders darauf, daß die Kohlenversorgung Deutschlands nicht einmal die dringenden Bedürfnisse des Verkehrs und der Industrie deckt. Dazu scheint auf der anderen Seite wenig Neigung vorhanden zu sein. Wir haben die Verpflichtung erfüllt, was in England ohne weiteres anerkannt worden ist. Es sind aber trotzdem Verzögerungen in den Ablieferungen eingetreten, woran indessen nur Verkehrsverwirrungen die Schuld tragen. Der Rückstand beträgt etwa 250 000 Tonnen, der in den nächsten Monaten hätte ausgeglichen werden können. Aber der Wiederergänzungsausschuss verlangt unter anderem: Deutschland soll für die nächsten zwei oder drei Monate 2,2 Millionen Tonnen liefern, also 200 000 Tonnen mehr, als im Abkommen von Spa vereinbart worden sind. Die Forderung ist einfach. Es ist gelungen, die Kohlenförderung in Deutschland unerschütterlich zu steigern. Selbst wenn in diesem Jahre 130 Millionen Tonnen Steinkohlen erreicht wurden, so sind das immer noch 65 Millionen Tonnen weniger, als im Jahre 1913 befördert wurden. Weiter kommt in Betracht, daß die Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaus die äußerste Grenze erreicht hat. Gelingt es nicht, die alten Schächteanlagen und Maschinen zu erneuern, vor allem aber neue Schächte abzubauen, so steht unser Kohlenbergbau vor dem Zusammenbruch. Noch ist ungewiß, woher der Bergbau die für die Erneuerung notwendigen Kapitalien hernehmen soll.

Das ist nur das eine. Das andere ist, daß ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft unmöglich ist, wenn der Verband das ist Frankreich, mit jeder Zunahme der deutschen Förderungsleistung auch seine Kohlenanfrage steigert. Wenn die Wiederergänzung einen Sinn haben soll, so darf sie sich nur auf den tatsächlich angelegten Schächten beschränken. Die Kohlenanfrage für Deutschland hat aber nicht den Zweck, Frankreichs Industrialisierung zu fördern, sondern nur den, den Kohlenausfall zu ersetzen, der durch die Zerstörung der französischen Gruben in Nordfrankreich entstanden ist. Zu dieser Leistungspflicht haben wir uns bekennt. Daß Frankreich trotzdem größeren Kohlenbedarf hat, als wir ihn zu decken verpflichtet sind, ist eine Folge des Zuwachses der lothringischen Industrie und der lothringischen Erze. Frankreich verfügt nun über die mächtigsten Erzvorkommen Europas, es besitzt in Lothringen gemaltete Verhüttungsanlagen, aber es ist ohne Kohlen, um alles auszunutzen. Daher das Verlangen, die deutsche Kohlenleistung zu erhöhen. Wir können uns darauf nicht einlassen. Der Spa-Vertrag droht ohnehin unsere Wirtschaft, weil der Verband die Zulage nicht eingehalten hat, unseren berechtigten Anteil an der oberirdischen Kohle zu erhöhen.

Die Einigung mit den Eisenbahnern.

Die grundsätzliche Einigung bei den schwierigen Verhandlungen mit den Eisenbahnbeamten und Arbeitern im Reichsverkehrsministerium über die Erhöhung ihrer Bezüge ist außerordentlich zu begrüßen. Sie ist freilich noch nicht völlig endgültig, da erst nach der Rückkehr des Finanzministers Wright die letzte Entscheidung der Regierung fallen kann. Man muß zuversichtlich hoffen, daß der Finanzminister den Abmachungen beitrifft. Ueberrassend sind auch noch verschiedene Punkte kritisch, über die gestern im Reichsverkehrsministerium mit dem Gehehmer-Ausschuss der Eisenbahner weiter verhandelt wurde. Es besteht Hoffnung, die Verhandlungen noch in dieser Woche zum völligen Abschluß zu bringen. Jedenfalls kann man mit Genugtuung feststellen, daß der tote Punkt überwunden ist. Wir haben jenseitig unserer bestimmten Hoffnung dahin Ausdruck gegeben, daß das geschehen würde. Jetzt kurz vor dem Ziel darf man nur noch hoffen, daß alles zum guten Ende kommen möge. Die Führer der Eisenbahner, die in Berlin verhandelt haben, haben eine außerordentliche Arbeit geleistet. Nicht nur, daß die Vorverhandlungen unendlich langwieriger waren, auch die eigentlichen Verhandlungen erforderten große Um-

sicht und Energie. Nun die Arbeit mit Erfolg gekrönt worden ist, darf man der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß die Autorität der Führer bei ihren Berufsgenossen und Kollegen stark gefestigt ist. Die Massen der Beamten und Arbeiter werden sich jetzt ruhiger hinter die Führer stellen, die erfolgreich verhandelt haben. Ohne strenge Disziplin ist keine Bewegung dauernd erfolgreich zu erhalten. Das muß die Einsicht und das Gemeingut aller Beamten und Arbeiter werden. Besonders darf jetzt nirgends ein Zweifel darüber entstehen, daß die Eisenbahnerarbeit auch in ihren Arbeiterkategorien jener durchsichtigen kommunikativen Sphäre fernsteht, die sich jetzt naturgemäß wieder in den Organen der A. P. D. breit macht. Doch es den Kommunisten nur darauf ankommt, die Arbeiterarbeit in Rat und Tat zu heben, um die für kommunikativen Zwecke erforderliche Berufswillens-Einstimmung herzustellen, das haben die Ereignisse in Henssberg aus Deutlichkeit gezeigt.

Lösung der Sozialisierungsfrage?

H. Ritter, Berlin.

Die Frage der Sozialisierung des Bergbaus ist in ein neues Stadium gerückt. Es ist ein neuer Gesichtspunkt aufgeleuchtet, der des „Lebens“, der, wie eine kurze Kolitz der Presse berichtet, als so schwerwiegend erkannt ist, daß man sich wissenschaftlich und wirtschaftlich gefähren will. Es handelt sich dabei um die Frage, ob die Sozialisierung des Bergbaus, A. D. R. W., der Frage als Bodenrechtsproblem behandelt.

Es trat anfänglich nur die beiden Gegenläufe hervor, die eine schnellere oder langsamer dauernde Ueberleitung des Kohlenbergbaus an den Staat fordernden. Neuerdings hat sich der Gegensatz anders gestaltet. Es stehen Lederer, Karchenau und ihre Anhänger als Gegensatz zur Richtung Stinnes, und damit war die sachliche Gegenüberstellung von Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft gegeben. Die Vorkämpfer Lederer und Karchenau dürften als hinsichtlich bekannt vorausgesetzt werden. Der Vorkämpfer Stinnes hat als wesentlichen Gesichtspunkt die kapitalistische Beteiligung der Arbeiterarbeit. Durch Ausgabe von Aktienanteilen soll der Arbeiter, wie überhaupt alle Schichten des Volkes, Gelegenheit haben, an dem Gewinn der Bergwerksgesellschaften teilzunehmen. Im übrigen schlägt auch Stinnes eine „Gemeinwirtschaft“ vor, die er darin sieht, daß sich Wirtschaftskreise bilden, die jeder möglichst den Gesamtproduktionsprozess umfassen. Nebenher ist Stinnes bereits darüber, diesen Vorschlag in die Tat umzusetzen: der Stinnes-Konzern umfaßt den ganzen Produktionsweg des Glases und führt sich dafür auch die Kohle.

Der Vorkämpfer Lederer greift auf Gedanken-gegenstände zurück, die schon vor der Zeit bestanden, ehe der Sozialismus modern wurde. Das ganze Wirtschaftssystem hängt davon ab, daß Kohle geliefert wird. Nun ist aber Kohle nicht etwas beliebig Verwertbares, wir sind abhängig von dem Vorkommen, und sind weiter abhängig davon, daß diese Vorkommen erschlossen werden. Die wenigen Bergwerke der Steinkohle haben also das ganze deutsche Wirtschaftsleben in der Hand. Danach wird die gesamte Kohlenproduktion von einer Stelle aus beherrscht. Beherrscht, weil keine Konkurrenz besteht, die diese Herrschaft durchbrechen könnte. Kohlen, Erze, Raff sind die einzigen Monopole, die sich bilden könnten, weil sie natürliche Monopole sind, d. h., sie sind eine durch die Natur gegebene Größe, über die der Mensch nicht hinauskommt. Solange wir von den Kohlen abhängig sind, sind wir abhängig von denen, die die Kohlenfelder besitzen, es ergibt sich daraus, daß wir, um das Monopol zu sprengen, ein anderes Monopol schaffen müssen. Dafür gibt es dann wohl nur den einen Weg, den Besitz der Kohlenfelder an den Staat überzuliegen, den Besitz — nicht den Betrieb. Einzig der Staat ist in der Lage, die Bodenrechte im Interesse der Gesamtheit zu verwalten, dagegen ist die Betriebsführung Sache des Unternehmers.

Der Vorkämpfer Lederer legt an die Stelle des Besitzes von Kohlenvorkommen das Pachtrecht, die Arbeit selbst, die Kohlenförderung, die er aber dem freien Unternehmertum überläßt. Die Pachttumme zwingt den Unternehmer, ionell Kohlen auf den Markt zu liefern, daß die Pachttumme sich rentiert. Die jetzigen Besitzer der Kohlenvorkommen werden abgelöst nach dem Schema der kapitalistischen Grundrente, also der wirtschaftlich gerechtfertigten Grundrente, der möglichst ist. Das Recht, Kohlen zu fördern, wird vom Staat möglichst meistbietend verpachtet. Der bisherige Besitzer der Kohlenfelder kann sich an dem Pachtrecht beteiligen und hat Anspruch auf das Pachtpachtrecht, d. h., wenn er das Pachtrecht übernehmen will, hat er den Vorteil. Verzichtet er, ist er verpflichtet, seine Schachtanlagen dem neuen Besitzer zum Marktwert zu verkaufen.

Für die Uebernahme ist vorgesehen, daß der bisherige Besitzer seine Grundrente selbst angibt, den kapitalisierten Betrag erhält er als Kaufsumme, und die Höhe der angegebenen Grundrente zahlt er als Pacht. Damit ist das Recht der schwierigen, wohl unlosbaren Aufgabe der Sozialisierung überbunden und macht es doch dem Besitzer wirtschaftlich unmöglich, den Staat zu betragen, da eine zu hoch angelegene Grundrente keine Pacht, die er zu zahlen hat, unwirtschaftlich hoch gestaltet.

Der Vorkämpfer Lederer sieht eine Tilgung der Verbindlichkeiten innerhalb 25 Jahren vor, bezahlet wird die Ab-

findung aus den eingehenden Pachtpachträgen. Dem Staat ermächtigt also keine Mehrausgabe, sondern eine durch die Rückzahlung jährlich steigende Einnahme. Die Dauer der Pacht ist auf etwa 25 Jahre vorgelehen. Der Pachttin wird sich an die jeweilige wirtschaftliche Lage, also dem Kohlenpreisen anpassen. Steigt der Kohlenpreis, wird die Pacht steigen, fällt der Kohlenpreis, muß die Pacht naturgemäß sinken.

Der Sinn dieses Pachtpachtrechts ist, den durch das Monopol gehaltenen Preis einzuschießen. Monopolpreise sind immer wesentlich höher als Selbstkosten plus Unternehmerrisiko. Dieses Mehr schwankt mit dem Preis, also muß die Pacht, die dieses Mehr ersetzen will, auch eine schwankende Größe sein. Monopolgewinne sind niemals sicher zu schätzen, sie werden nur ausgerechnet durch einen genügend harten Konkurrenz. Der Produzent nichtmonopolisierender Waren weiß, daß sein Preis durch die Größe der Konkurrenz gegenüber der Größe der Nachfrage bestimmt wird. Die für den Konsumenten wichtige Konkurrenz (der Produzent läßt gern ohne sie aus) wird bei den Kohlen durch das Pachtpachtrecht gelöst. Steigt der Kohlenpreis, wird ein härterer Zugang zum Kohlenbergbau vor sich gehen, mehr Kapital fließt an der Kohlenförderung beteiligt. Das würde die Nachfrage nach Kohlenfeldern, also die Pacht treiben, und der Konsument hat hier zwar nicht den Vorteil der billigeren Kohle, wohl aber hätte das Reich eine erhöhte Einnahme aus der Pacht, die den Konsumenten wieder zugute kommt.

Das hier nur angebeutete Pachtpachtrecht bringt natürlich nicht unerhebliche Veränderungen in das Wirtschaftsleben und sich aus technischen, kaufmännischen und juristischen Gesichtspunkten zusammen. Sie soll als Gerichtsamt, ähnlich dem reichsgerichtlichen Oberverwaltungsamt, ausgebaut werden. Im übrigen sieht der Entwurf einige Bestimmungen vor, die bezüglich der Anfang Wert haben. So bleibt als oberste Behörde der Reichssozialrat bestehen, erweitert um Angestelltenvertreter aus dem Bergbau. Auch muß vorerst der Bedarf an Hausbrandkohlen festgestellt werden.

Eine wesentliche Neuerung bringt der Entwurf auch in der Förderung von sozialen Arbeitsgesellschaften. An dem Gebot zur Pachtung von Schächten können sich Arbeitnehmer gesellschaftlich beteiligen und gemeinsam einen Schacht abbauen. Für den zur Uebernahme der Schachtanlagen benötigten Kredit hat das Reich die Verpflichtung übernommen, und dafür ein Pfandrecht über den Besitz der Arbeitnehmer heute hindert, ihrerseits Unternehmern zu sein, ist im großen und ganzen der Mangel an Kredit. Durch die Verpflichtung des Reiches könnte dieser Mangel behoben werden, und das Risiko des Reiches ist ein geringes, da die Schachtanlagen ja etwa den Wert in Höhe des Kredites haben.

Der Entwurf sieht weiter vor, die Bestimmungen auch auf den Erz- und Kaliberbergbau und auf die Wasserkräfte auszuweiten. Er fordert also eine Beschlagsnahme der gesamten Montanrente, nicht nur der Kohlen. (Wir geben vorläufige Ausführungen in Ergänzung der daselbst Thema betreffenden Notiz in unserer heutigen Morgenausgabe wieder. Die Idee des Lebens bietet außerordentlich viel Verdienendes, aber auch die Gefahr des Raubbaus. Darum können wir uns dem Bedauernlichen Vorschlag nicht ruhig anschließen. Die Schriftleitung.)

Kommunisten-Krawalle.

Die erste Sitzung des jährlichen Landtages nach dem Weichnachtsfest war von den Kommunisten zu einem Gewaltausbruch auszuweichen. Sie hatten einen Antrag zur Veränderung der Art der Arbeitslosen eingekracht. Um dieser Forderung den nötigen Nachdruck zu verschaffen, hatten sie die Arbeitslosen in Straßenverbindungen vor dem Landtagsgebäude mobil gemacht. Da in diesem das Polizeipräsidium für diesen genügenden Schutz durch umfangreiche Polizeierregungen gelangt, ging es auf dem Wege vor dem Landtagsgebäude zu. Das Recht, sich selbst aber in Landtagsgebäude selbst die auf den Tribünen zahlreich vertretene Kommunisten aus. Schon die Begrüßung des Kammerpräsidenten Gräßhofer wurde vielfach durch lärrende Zwischenrufe der kommunistischen Abgeordneten unterbrochen. Nach Gräßhofer verlangte der Kommunist Meier zur Geschäftsordnung das Wort. Unter anhaltenden Pfeifentönen behauptet Meier, daß im Hause Gewehr lagen und daß eine Abänderung der Geschäftsordnung nicht vorgelassen worden sei. Schließlich verließ er im Namen seiner Fraktion, daß keine Fraktion an den Beratungen des Hauses nicht mehr teilnehmen werden, wenn der Antrag nicht sofort auf die Tagesordnung kommt. Am Schluß der Rede des Kommunisten stimmten die voll belegten Tribünen in lauthallen Bravourerufen. Gräßhofer äußerte sich, aus welchen Gründen der Antrag nicht auf die Tagesordnung kommen konnte. Er leit für nächsten Dienstag zur Verhandlung vorgelehen. Der Reichssozialrat ist für die Uebernahme der von den Kommunisten im Entwurf vorgeschlagenen Punkte zu spät zugegangen ist, so daß

Ihre Funktionen dazu nicht hätten Stellung nehmen können. Nachdem dann nach der Minister des Innern Pilsnitz die Polizeimaßnahmen zum Schutze des Landtages verteidigt hatte, wurde der Antrag der Kommunisten gegen deren Stimmen und gegen die der Unabhängigen abgelehnt. Das war das Signal zu den wüsten Kämpfen an den Bänken der Kommunisten und auf den Tribünen. Präsident Jägerskiß droht die Tribünen räumen zu lassen. Die kommunistischen Abgeordneten erklären daraufhin, sie hätten kein Interesse mehr an den Verhandlungen und verlassen den Saal. Auch ein Teil der Tribünenbesucher entfernt sich unter wüstem Lärm, während ein anderer Teil zurückbleibt und seinem Unmut durch Pfeifen, Jodeln und Schreien Ausdruck verleiht. Präsident Jägerskiß verabschiedet sich mit vieler Würde und ordnet an, daß die Sitzung in den Räumen der ersten Kammer weitergeführt werden soll. Dort gibt er bekannt, daß die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen wird. Während der halbseitigen Unterbrechung der Sitzung wurde von einer Abordnung der Kammer, in der jede Partei vertreten war, die Deputation der Gewerbetellen, die sich im Landtagsgebäude eingefunden hatte, empfangen. Sie hand unter Führung des bekannten Kommunisten Freytag, trat die in dem Antrag der Kommunisten niedergelegten Forderungen vor. Dabei wurde die Drohung ausgesprochen, man werde am nächsten Dienstage, wenn der Antrag in der Kammer zur Beratung liege, wiederkommen. Hierauf konnte endlich der Landtag, der nun wieder in der Sitzungsaal der zweiten Kammer zurückgeführt war, seine reichlichen Beratungen aufnehmen.

Sprengrung des Berliner Stadtparlaments.

Zu mehreren Anlässen kam es in der gestrigen Berliner Stadtparlamentssitzung. Die Ablehnung eines kommunikativen Antrages, der die Einkellung des gegen die der Sabotage beschuldigten Elektrizitätsarbeiter eingeleiteten Verfahrens auf Dientstellung forderte, rief schwere Ausschreitungen der Tribünenbesucher hervor. Als der Vorsitzende die Räumung der Tribüne anordnete, kam es zu Vorfällen; die Tribünenbesucher schrien schmerzhafte Beschwörungen in den Saal hinunter und warfen mit Steinwürfen nach den Stadtparlamentarern. Diese sahen sich schließlich zur Flucht in den Vorraum genötigt, und traten nach einer stundenlangen Unterbrechung in einem anderen Saal wieder zusammen. Währenddessen verkehrten die Tribünenbesucher auf ihren Plätzen und stimmten zusammen mit den im Saal gesessenen Kommunisten die „Internationale“ an.

Severing über die Jlesnaburger Vorgänge.

Der Hauptauschlag der preussischen Landesversammlung beruht am Donnerstag in zwei Nachtragssitzungen die wichtigsten Forderungen für die Reorganisation der Polizei. Dabei erklärte Minister Severing, daß der moralisch Verantwortliche für die traurigen Vorfälle in Jlesnaburg der Denunziant sei, der von der Polizei nicht angeklagt, sondern freiwillig gekommen wäre, vielleicht in der Hoffnung, für seine Mitteilungen Geld zu erhalten. Obgleich die Angaben dieses ehemaligen Polizeibeamten zu unwahrscheinlich gewesen seien, daß die Jlesnaburger Polizei es abgesehen hätte, sie weiter zu verfolgen, habe der Kommandeur der Sicherheitspolizei, Herr v. Hülszow, ohne Fühlungsnahme mit der Polizeiverwaltung Hausdurchsuchungen vorgenommen, die

aber ohne Ergebnis verlaufen seien. Trotzdem sei einer der angeklagten Hauptführer bei der Verhaftung verhaftet und gefesselt worden. Der gefesselte Mann sei dann, wie bekannt, bei einem angeblichen Flugsturz erschossen worden. Oberpräsident und Regierungspräsident hätten sofort eine Untersuchung eingeleitet und den Kommandeur der Sicherheitspolizei und die beiden anderen beteiligten Polizeibeamten vom Dienst suspendiert. Gegenüber der Enttarnung vom 24. Dezember habe er ein sehr gutes Gewissen. Alle Anordnungen für die Reorganisation der Polizei seien mit ausdrücklicher Zustimmung des Generals Barthelmey, des hierzu Bevollmächtigten Vertreters des Generals Wolff, getroffen worden. An der gegenwärtigen Stärke und an dem Maß der Bewaffnung der Polizei sowie an einer gegebenen Beweiskraft müsse unbedingt festgehalten werden, anderenfalls sei der Minister nicht in der Lage, die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit lange zu tragen.

Ruhe in Jlesnaburg.

In Jlesnaburg ist nach einer Meldung des „Vorwärts“ alles ruhig. Der Rufschrei auf die Kaserne wird allgemein verurteilt. Eine Konferenz der Vorstände der Gewerkschaften, der Vertreter der Leibrenten, sowie der Vorstände der S. P. D. und U. S. P. D. schne jegliches ferneres Zusammenarbeiten mit der Kommunisten ab, billigte die Haltung der Polizeibeamten gegenüber dem Sturm auf die Kaserne und forderte die Auflösung des revolutionären Ausschusses. Der Polizeikommandeur der Jlesnaburger Polizei erklärte, daß die einzigen Schuldigen an dem Jlesnaburger Mord die kommunistischen Drahtzieher seien, von denen die Partei abblenden müßte. Einen ähnlichen Bericht veröffentlicht die unabhängige „Freiheit“, die erklärt, die Kommunisten, die entgegen den getroffenen Vereinbarungen zu einem Sturm auf die Kaserne aufgefordert hätten, hätten unverantwortlich gehandelt. Durch die sinnlose Putschaktion hätten sie schwere Verluste zahllos der Arbeiterschaft auferlegt.

Zusammentritt des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

Berlin, 7. Jan. Wie die „Post“, Jg. 1, mitteilt, ist Reichsminister Dr. Simons gestern abend nach Berlin zurückgekehrt. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten tritt kommenden Dienstage zusammen.

Die Entwafrungsfrage.

Paris, 6. Januar. Die Kabogentur veröffentlicht folgende Depesche an Washington: Die Regierung der Vereinigten Staaten prüft augenblicklich, welche Stellung sie offiziell einnehmen wird angesichts des Verlangens der französischen Regierung von Deutschland die kritische Durchführung der von Staatserbeintete Entwafrungsangelegenheit zu verlangen. Das Staatsdepartement habe seine Ansicht über eine eventuelle Beziehung des Nahengebietes zu erkennen gegeben. Der Standpunkt der Vereinigten Staaten scheint über diesen Gegenstand zu sein, daß Deutschland in dem Maße, in dem die Umstände es ihm gestatten, abstrinkt und daß es gut sei, ihm eine neue Frist zu gewähren.

Gegen den Volksewismus.

Wien, 7. Januar. Hierher gelangte Meldungen berichten, daß sich in den östlichen und nördlichen Gebieten eine antivolksbewegliche Bewegung geltend mache. Sie soll den Volksewisten bereits 4000 Tote, 100 Waisengewerke und sechs Kanonen gestohlen haben.

Wahrlich muß die mittelbische Hausfrau sie fahren lassen, freudlich, da sie ja den genährlichen Koffer hat, das Kofferbeil und sucht sich dann eine Ausflucht bis zur Zeit, wo sie bestimmt wiederkommt; sie kommt aber nie wieder, und mit schmerzlichen laut Schreien, die sie nach einiger Zeit durch eine Schreier hören läßt, kann sie im Jagre auskommen. Die Schreier ist dann immer sehr empfindlich und schilt auf die höchste Minna mit dem faulen Teufel, bringt auch das vorgeschossene Geld zurück und verabschiedet mit dem Koffer, den wir mit Rücksicht auf die so anfandige, mit einer so bösen Schreier geschlagenen Auholner ungeduldig herausgeben. Erst nach Jahr und Tag zeigt es sich, daß aus jedem Dugend im Wäschelkasten ein Stück fehlt und die Vorräte der Kammerkammer nicht „mehr“ geworden sind. Das ist die schnelle Wandermagd. Die langsame bleibt vier Wochen bis drei Monate, je nachdem die Euphorie des Scheiterns ausfallen. Gehen sie zu Ende, geht auch diese Minna, und sie tut nichts, um dieses Ende hinauszufchieben, im Gegenteil.

Ihr Wäschelkasten ist die Hausmagd. Sie gibt es bei Arbeitsgeräten, alten Jungfern oder Jungfrauen ohne Anhang mit guten Worten und außerdem in Romanen, wo sie die bekannte Medaille für neue Dienste erhalten und sämtliche Familienmitglieder gemeldet, getauft, verheiratet und später begraben haben. Begreift ist vor allem ein rätselhaftes und nicht zu unterschätzendes Rezipit der Familienliteratur. Diese Art ist nur noch mit Papier ausgefüllt zu haben.

Die nächste ist die Wandmagd. Sie hat zwei Arten: die alte und die junge Wandmagd. Die alte ist vom Verbe, oder das ist schon lange her. Sie hat in der großen Stadt gelernt und angelehrt der Art der Zeit begriffen, daß sie ihre Art immer kann, wenn sie die andere unter gleichzeitiger Ausbeutung findet. Sie bekommt aus ihrer lächerlichen Heimat alles Erdentische zu Vorkaufspreisen für die Herrschaft. Nur muß sie dafür alle zwei Wochen auf drei, vier Tage verreisen und neue Waren holen. Wertvoll ist, daß sie jedesmal neuer werden. Tatsache ist, daß Verta mit irgendeinem Schieber in der Stadt in engen Beziehungen steht und von ihm die Mutter (drei Viertel Margarine), die Wurst (90 Prozent Hottschiff), die Zinckel (aus dem vorigen Jahr) billig kauft, über den Gewinn aus sonst noch die Rezipiten einleitet und den Urlaub dazu. Sie geht, wenn die Herrschaft anfängt, für Lebensmittel weniger Geld auszugeben.

Die andere Spezies ist die junge Wandmagd. Sie kommt wirklich vom Lande, unmittelbar, sieht noch leicht nach Ruhball, ist bläulich vor Vergesslichkeit, hat einen Hut mit einer Pleureuse von der Mutter, weiß nicht, was ein Taschentuch ist, hält alles für Gemeintgut, besonders Jagdbüchsen und Kämme, ist treu und redlich und muß nach etwa neun Monaten nach Hause, aus unerfindlichen, nachgelassenen Gründen. Die Hausfrau genießt zunächst einen Triumph! Der gestrenge Gatte sagt nicht mehr: „Es gibt keine schlechten Dienstboten, es gibt nur schlechte Hausfrauen.“ Er glaubt jetzt auch an erzieher Vorformen. Aber das nimmt ihr die Arbeit nicht ab, und nachdem sie jede dieser Wandmagden

Eine Ausfuhrabgabe für Kohlen gefordert.

Nach einer Meldung der „Frankf. Jg.“ haben die vier großen Bergarbeiter-Organisationen an das Reichsministerium für Bergbau, Reichsarbeitsministerium und den Reichshofrat eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, eine Ausfuhrabgabe auf Kohle zu erheben und deren Erlös zu sozialpolitischen Zwecken, vor allem zur Bänderung des Notlage der Knappheitsrentner zu verwenden.

Deutsches Reich.

Die Demokraten als Schöpfer des Mittelstandes. Der Grund des Misstritts des Oberbürgermeisters Leinert von Hannover ist ein auf Antrag der Demokraten gefasster Beschluß der Stadtverordnetenversammlung gewesen, der sich gegen die Kommunalführungspolitik Leinerts wandte. Leinert beabsichtigte den Ausbau eines großen kommunalen Instituts zum Betrieb der verschiedenen Beteiligungsunternehmen, das naturgemäß den leitenden Mittelstand auf seiner Seite gehabt hätte. Die Durchführung dieser mittelstandsfeindlichen Pläne ist also ein Verdienst der Demokraten.

Die Abfindung des Hanses Wettin. Die Verhandlungen wegen der Abfindung des früheren Königsanwesens sind jetzt soweit abgeklärt, daß das künftige Finanzministerium der je zur Hälfte aus der Regierung und Vertretern des Königsanwesens zusammengesetzten Kommission seine Vorschläge gemacht hat. Dem Königsanwesens sollen das Schloss Moritzburg, eine Verabingung und Teile der Gärten und Silberbestände überlassen werden. Wie verlautet, sind jedoch die Forderungen des Königsanwesens wesentlich höher, und innerhalb der Regierung wollen bekanntlich die Unabhängigen von einer Verabingung des Königsanwesens ebenfalls etwas wissen, wie ihre Genossen in Preußen.

Scheidemann als Schriftsteller. Wie aus einem Aufsatz Scheidemanns über Reichsmann Jolliffe im „Vorwärts“ zu ersehen ist, beschäftigt auch er Erinnerungen herauszugeben; Das Buch wird unter dem Titel „Der Zusammenbruch“ noch im Laufe dieses Monats erscheinen. Nachdem erst die Generäle und Staatsmänner des alten Kurses Vertriebenheitskräften über die Zeit und Wägen gegeben haben, folgen jetzt die Wägen der Revolution, dem das Barden nicht abgeprochen werden kann, daß er, wenn auch vergeblich, versucht hat, die Revolution zu verhindern. Was in dem Artikel veröffentlicht ist, bringt allerdings nur in Einzelheiten wissenschaftlich

Auslands-Rundschau.

Die schwedische Regierung läßt eine beschleunigte Erfüllung der Vaterländigkeit privatisierter Schulgüter für gewisse Industriezweige vorsehen. In Handelsstreifen glaubt man, wie die „Frankf. Jg.“ berichtet, daß dem in den nächsten Tagen zusammenzutretenden Reichstage ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden wird.

Der schwedische Meeresverkehr verlangt in einem Schreiben an das Handelsministerium diplomatische Schritte, eventuell Vergeltungsmaßnahmen gegen die hohen Zölle, die von deutscher Seite von schwedischen Schiffen für Bunkerstoffe verlangt wird. Diese Zölle bewegen sich nach dem Schreiben zwischen 2350-5000 Reichsmark für die Tonne, während der von den Deutschen gezahlte Inlandpreis 367,50 Reichsmark betrage.

zwei- bis dreimal durchprobiert hat und noch lebt und außerhalb des Zehnjahres sich aufhält, dann verurteilt sie es jetzt mit den Ausnahmefällen.

Wäre Tage (Schweiz) wie nur in einem frauenlichen Haushalt wollen (auch eingekunden zu wollen, dann mögen möchten sie es alle), schließlich in glühenden Farben die Vorzüge ihres Heims, wird eine Bodenreiner ihrer selbst, daß sie ganz eine geliebter vom Tische aufsteht, und entwickelt sich zum Reklamesachmann, legt auch Rückporto jedem Brief bei, in größeren Fällen sogar Geld für die Straßbahn, und erlebt dann die angelegene Genation, bei jedem Hofgang vergeblich auf Antwort zu warten. Es scheint ein lautiabler Erwerbseinkommen zu sein, Gesehe in die Zeitung zu setzen und dann Rückporto einzuhändigen.

Wils, dies Schreiben verfaßt, ist auch unpädagogisch, weil es den Mädchen nur Gelegentlich zum Anschauen der besten Straß gibt.

Man konzentriert also selbst. Erst, was man wirklich will. Wirklich kommen auch einige Ziele - von Zeitungen, die uns erzählen, daß in ihrem Blatt solche Angelegen den größten Erfolg hätten. Es wissen aus eigener Erfahrung, daß die vorliegende amieslos war.

Dann rückt man ein: Meliere, alleinlebende Frau findet Heim und Arbeit gegen Lohn, kann Mops und Mädel mitbringen, oder so ähnlich.

Auf solche Anzeigen kamen:

1. ein junges Mädchen mit einem vierjährigen Kinde,
2. sechs Frauen, die in Scheidung mit ihrem Mann lebten; er war immer der schuldige Teil, „ging“ mit einer anderen, was man angelehrt der vorliegenden Frau ihm fast verzieht, aber immer erklärten sie, lieber heute als morgen wieder heiraten zu wollen;
3. eine wirklich verwitwete, kinderlose, die es eigentlich nicht nötig hätte, aber kam, drei Tage arbeitete, dann gezwollene Fäße bekam, Weinfrämpfe hatte und ihren Trennschirm immer ausgerechnet über den Rücken des dafür ganz unempfindlichen Hausherrn (siehe ich), indem sie ihn dabei an ihre wogende Brust quetschte.

Sie fand keinen Gegenstand und empfahl sich beleidigt. Wir aber ihren auf den Trümmern unseres Haushaltes und meinen. Meins Frau quält sich mit Aufwartungen, die nehmen, was uns gebietet und nur durch ihre Unwissenheit andere stillen Unstünden verfrischen.

Sich aber komme zu der Erwähnung, nur die Blumeiberei kann aus diesem Unglück retten. Wenn ich eine Frau fände, die alltags ihren Verdien fürchte und sich mit den Karren des Sonntags begnügt, am Meinen das gleiche Interesse hat wie am Jfragen, die zu uns geht aus Liebe zu mir und nicht zu meinem Gelde, und bei mir bleibt, weil mir keinen Vertrag mit Kündigung haben, dann wäre uns allen wir geflossen.

Aber ich werde mich halten, meiner Frau diesen Vorstoß zu machen, sie wäre imstande und hielt mich für unmoralisch.

Den Vorstoß muß sie mit machen, und ich bin imstande und lehne es ab.

Unsere Dienstboten.

Von
A. v. Sälen.

(Nachdruck verboten.)

Die Heberschrift stimmt nur zum Teil. Die meisten der Dienstboten, von denen ich hier erzählen will, sind nicht „unser“ geworden, es handelt nur um die einen oder anderen Seite der Münze, der zu beiderseitigen Seite nicht in Erfüllung ging, sie kamen und gingen ohne daß die den Anspruch erheben konnten, „unser“ genannt zu werden. Die Armut kommt bekanntlich von der Poverität! Wemliches kann man von der Dienstbotennot sagen: sie kommt von der Arbeit, die die einen haben und die anderen nicht tun wollen.

Da ich hier keinen volkswirtschaftlichen Aufsatz schreiben will, muß ich auf die Ausführung dieses interessanten Themas verzichten, zu dem insbesondere noch zu sagen wäre, daß die Frauen, vor allem unsere Mittelhandes, körperlich und geistig fast ihren Kindern daran zugrunde gehen, daß die Dienstboten aussterben.

Doch genug davon, das weiß bald jeder heute, der die Klagen anhört.

Es bleibt immer noch die schmerzliche Seite, sie bleibt dem, der von den Dienstboten mit Dienstboten hören will, zur Warnung, zur Nachsicht und zum Trost für den, der es erzählt.

Man kann, wenn man sich mit dieser Art - besser gesagt Unart - Menschen abgibt, sooooglich gesprochen, mehrere Spielarten unterscheiden, etwa wie bei den Ratten, wo es Sand- und Wasserarten, Haus- und Wanderratten, Bismant und noch verschiedene andere Ratten gibt.

Das Wanderratten ist das häßlichste und gleich der Wanderratte schädlichste. Es kriecht aus Grund gefährlicher oder erprobter Zeugnisse über, weil sie ihr „gehörig“ werden, ohne Beugnisse voraussetzend um ihres Geldes willen, jumeist empfohlen von einer Stellenvermittlerin, die ihre Gesetze verdienen will, und der sonst alles egal ist, in irgendeinen freibleibenden Haushalt ein, arbeitet den ersten Tag für die Herrschaft wie eine wild geborene Bezie, den zweiten, Vertrauen gewonnen habend, für sich und ihren Weisheitsoffen; den hat sie als Gewähr für ihr Weibemollen mitgebracht. Wer ihn höbe, würde ihn als Tier festhalten. Den dritten Tag heißt sie. Denn eine Fremdbin kam von dem Heim, wo sie blüher geschickt, und bringt eine Telegamm: „Mutter schwer erkrankt, sofort kommen.“